

Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung¹ in der Justizverwaltung

Sie sind Teilnehmende, Teilnehmender oder Referierende, Referierender bei einer der Veranstaltungen der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen – Gustav-Heinemann-Haus – in Recklinghausen, oder Sie haben sich mit einer Eingabe, Frage, Beschwerde oder Anregung an uns gewendet, oder Sie betreffende personenbezogene Daten sind uns von dritter Seite im Rahmen der Sachbearbeitung übermittelt worden, oder es besteht eine Geschäftsbeziehung zwischen Ihnen und der Justizakademie NRW oder aus sonstigen Gründen ein Kontakt zu uns.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir aufgrund Ihrer Eingabe, der Teilnahme an einer Veranstaltung, der Geschäftsbeziehung oder der mit Ihnen im Übrigen bestehenden Kommunikation zwecks Sachbearbeitung erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Inhaltsverzeichnis

1. Wer sind Ihre Ansprechpartner?	1
2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?	2
3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?	2
4. Wie verarbeiten wir diese Daten?	2
5. Unter welchen Voraussetzungen können wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?	3
6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?	3
7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?	3

1. Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Verantwortlich für die Verarbeitung der bei Ihnen erhobenen personenbezogenen Daten ist die Leiterin der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW).

Sie erreichen uns wie folgt:

Justizakademie des Landes NRW
August-Schmidt-Ring 20, 45665 Recklinghausen

Telefon: 02361 481-0
Fax: 02361 481-141

E-Mail: verwaltung@jak.nrw.de

Die DE-Mail-Adresse finden Sie nach der Installation der DE-Mail-Software in dem dort vorhandenen Verzeichnis.

¹ [Verordnung \(EU\) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG](#)

Darüber hinaus können Sie sich zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und mit der Wahrnehmung Ihrer diesbezüglichen Rechte gemäß der Datenschutz-Grundverordnung in Zusammenhang stehenden Fragen an unseren **Datenschutzbeauftragten** wenden. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten unter:

Datenschutzbeauftragter der Justizakademie NRW,
August-Schmidt-Ring 20, 45665 Recklinghausen;

Telefon: 02361 481-202
mailto: datenschutz@jak.nrw.de.

Der Datenschutzbeauftragte ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen zuständig. Er ist nicht befugt, Ihnen inhaltliche Auskunft über die Bearbeitung Ihres Anliegens zu geben oder Rechtsberatung zu erteilen.

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, zum Beispiel Anrede, Titel, Dienstbezeichnung, Laufbahngruppe, Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Beschäftigungsbehörde, Geburtsdatum, ggf. Schwerbehinderung;
- für die Bearbeitung des Vorgangs, in welchen Sie involviert sind, erforderliche Informationen und die Inhalte der mit Ihnen im Rahmen des Vorgangs geführten Kommunikation;
- zur Bearbeitung von Reisekostenanträgen die durch Sie angegebenen Kontendaten sowie die notwendigen Reisedaten;
- zur Bearbeitung von Vergütungen durch Sie angegebene Steuernummern und Konten- sowie Handelsregisterdaten.

3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zu dem Zweck der Bearbeitung des Vorgangs, in welchen Sie involviert sind. Die Speicherung dient darüber hinaus sowohl dem Zweck, eventuelle weitere Schreiben von Ihnen in derselben Angelegenheit einem bereits bestehenden Verwaltungsvorgang zuordnen zu können, als auch dem Zweck der Dokumentation der Ergebnisse des Vorgangs.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) - ggf. auch a) und b) - der Datenschutz-Grundverordnung ggf. in Verbindung mit landes- oder bundesgesetzlichen Bestimmungen (z. B. § 3 DSG NRW, § 3 BDSG).

Soweit für Verarbeitungsvorgänge eine Einwilligung der betroffenen Person erfolgt ist, dient Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe a) DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten.

Sollten personenbezogene Daten zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen oder zur Erfüllung eines Vertrages verarbeitet werden, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, stellt Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe b) DSGVO die entsprechende Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dar.

4. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden in unserem elektronischen Registratursystem gespeichert. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen.

5. Unter welchen Voraussetzungen können wir Ihre Daten an Dritte weitergeben?

Zum Zwecke der Durchführung von Veranstaltungen werden Ihre Daten an die Referierenden sowie die Teilnehmenden der Veranstaltung weitergegeben. Zudem wird der Status Ihrer Teilnahme an der Veranstaltung der Beschäftigungsbehörde mitgeteilt. Die Weitergabe der Daten erfolgt im Falle Ihrer Einwilligung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe a) DSGVO und im Übrigen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e) DSGVO.

Ist eine andere Behörde oder ein Gericht für die Bearbeitung Ihres Anliegens zuständig, so geben wir Ihre Eingabe dorthin ab. Ihre personenbezogenen Daten bleiben auch in diesem Fall in unserem Registratursystem gespeichert, um die Abgabe nachvollziehen zu können. Soweit dies gesetzlich vorgesehen ist, werden wir Sie über die Abgabe informieren.

Begründet Ihre Eingabe den Verdacht einer strafbaren Handlung (z.B. wenn der Text eine Beleidigung enthält), können wir die Strafverfolgungsbehörden hierüber informieren.

Bei der Bearbeitung Ihres Anliegens arbeiten wir auf gesetzlicher Grundlage auch mit anderen Stellen der Landesverwaltung zusammen, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag technisch verarbeiten. An diese werden Ihre personenbezogenen Daten, soweit erforderlich, übermittelt.

Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist (s. hierzu Ziffer 6) sind die Verwaltungsvorgänge nach dem Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen dem Landesarchiv anzubieten. Hierzu werden dem Landesarchiv Listen mit einer stichwortartigen Bezeichnung der Vorgänge übersandt. In diesen Listen können ggf. auch Ihre Daten enthalten sein. Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Abs. 1 und Abs. 2 Archivgesetz Nordrhein-Westfalen.

6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Die Speicherfristen richten sich nach den Bestimmungen über die Aufbewahrung von Schriftgut in der Justiz und Justizverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (AufbewahrungsVO NRW). Ihre Daten werden daher fünf Jahre nach Abschluss des Vorgangs gelöscht. Eine Löschung findet nicht statt, wenn der Vorgang nach dem Archivgesetz Nordrhein-Westfalen archivierungswürdig ist. In diesem Fall bleiben Ihre Daten dauerhaft gespeichert, um die Abgabe des Vorgangs an das Landesarchiv nachvollziehen zu können.

7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der Datenschutz-Grundverordnung verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus Artikel 12, 15 bis 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung.

• Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Das Auskunftsrecht wird eventuell durch das Recht Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten oder andere entgegenstehende Rechte beschränkt. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

• Recht auf Berichtigung

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

• Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen insbesondere dann, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht oder nicht mehr zulässig ist. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (vgl. oben 3.). Unter den Voraussetzungen von Artikel 18 DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

- **Recht auf Widerspruch**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen oder uns zur fortgesetzten Verarbeitung zwingen, beispielsweise gesetzliche Aktenaufbewahrungsfristen.

- **Recht auf Widerruf der Einwilligung zur Datenverarbeitung**

Falls Sie eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit widerrufen. Ein solcher Widerruf beeinflusst die Zulässigkeit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, nachdem Sie ihn uns gegenüber ausgesprochen haben.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit**

Soweit die Datenverarbeitung ausnahmsweise nicht in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt oder für die Wahrnehmung einer uns übertragenen Aufgabe erforderlich ist, haben Sie das Recht, dass wir Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen, wenn die Datenverarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

- **Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.

Die für Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI). Sie erreichen die LDI wie folgt:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf

Telefon: 0211 38424-0
Fax: 0211 38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de